

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 32/44. Jg.

7. Aug. 1931

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag. Fernruf: B 2, Litzow 5583.  
Verlag: Johannes Nag, Berlin W 9. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## 25 Jahre im Dienste der Kollegenschaft

Die Zahl derjenigen Kämpfer, die ein Vierteljahrhundert und mehr ununterbrochen ihre Kräfte der Kollegenschaft geweiht haben, um mehr Licht, Luft und Sonne, mehr Lebensfreude und mehr Anteil an der Kultur der Zeit ins Arbeiterleben hineinzutragen und einer sozial gerichteten Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft die Bahn zu schlagen, wächst auch in unsern Kollegentreifen. Erst kürzlich konnte der Verband die lange Reihe derjenigen, die in Treue zu ihm 25 Jahre in Leid und Freud gekämpft haben, um eine stattliche Anzahl vermehren und sie in die Ehrentafel eintragen. Was sind mit 25 Jahren treuer gewerkschaftlicher Kameradschaft nicht alles für Erlebnisse verknüpft, die zugleich eine beträchtliche Wegstrecke eines Lebens sind, das mit siebzig Jahren Dauer ein köstliches sein soll.

Aber welaß Erlebnis liegt erst darin, wenn ein Kollege auf 25 Jahre besoldeten Dienst im Interesse der Kollegenschaft zurückblicken kann. Vor 25 Jahren schrieb man das Jahr 1906. Die Arbeiter standen in einer außerordentlich scharfen politischen Abwehr der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen; sie sollten dem deutschen Imperialismus, der den Kolonialwahnsinn machte und die Herrschaft zur See anstrebte, ihre Opfer bringen. Unter Dülow wurden dann 1907 die Hohenstedenwahlen zum Reichstag geschlagen, deren ungünstiger Ausgang für die Arbeiterklasse allen Reaktionsären neue Hoffnung einflößte. Aber wie es in der Vorkriegszeit immer war: Eine Niederlage der Arbeiterschaft hieß sie nur näher zusammenzurücken und stärkere Kräfte zu entsenden, um, wie Phönix aus der Asche, verjüngt und gefährt zu erstehen. Bei der damaligen sprichwörtlichen Einheit von Partei und Gewerkschaften galt für die Gewerkschaften, was von der Partei zu sagen war.

Auf 25 Jahre Dienst im Interesse der Kollegenschaft konnte am 1. August der Kollege Wilhelm Hänlein, Sekretär im Verbandsvorstand, zurückblicken. Er ist also zu jener Zeit in den besoldeten Gewerkschaftsdienst gerufen worden, den wir vorher kurz kennzeichneten. Und seine Aufgabe war, die Klagen der Klassenmitglieder seines erlernten Berufes näher zusammenzuführen und sie in das freigewerkschaftliche Heer einzureihen.

Kollege Wilhelm Hänlein ist ein rheinisches Kind. Am 1. September 1870 in Koblenz a. Rhein geboren, durfte er eine Jugendzeit verleben, die erträglich war. Nach Absolvierung der Schulzeit ging er in die Photographentechnik, die er mit Erfolg abschloß. Konditionen in den verschiedensten Städten Deutschlands mit den verschiedensten Erlebnissen folgten, bis er in Berlin hängen blieb, denn hier pulste das Leben besonders stark und die berufliche Struktur bot Aussicht, Beschäftigung zu haben. Daneben stand noch eine Aufgabe: Die Gehilfenschaft der Portraitphotographie stärker als bisher für die berufliche und wirtschaftliche Interessenvertretung zu gewinnen und diese in die Reihe der freigewerkschaftlichen Verbände einzugliedern.

Zu einer stärkeren wirtschaftlichen Interessenvertretung sind die Photographen erst später gekommen. Wohl war um 1890/91 der Anfang zum Bau einer Organisation begonnen, aber die Kräfte erlahmten nur zu schnell. Örtliche Fachvereine bestanden dagegen fort. 1898 gelang dann dem Berliner Fachverein mit andern Fachvereinen in Verbindung zu kommen und zu einem Kongress aufzurufen. Die für den 16. Juli 1899 nach Berlin berufene Delegierten-

versammlung beschloß auch die Gründung einer Organisation mit dem Namen „Deutscher Photographen-Gehilfen-Verband“. Diese Organisation bestand bis zur Verschmelzung mit unserem Verband, brachte es aber kaum über 300 Mitglieder hinaus. Sie hielt sich auch abseits der freien Gewerkschaften. Erst auf der 6. Delegiertenversammlung, die vom 22. bis 24. Juli 1906 in Hannover tagte, wurde der Beschluß gefaßt, sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, aus der nach Kriegsende der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erwuchs, anzuschließen. Damit war endlich nach langen Kämpfen der Photographengehilfenverband offiziell in die freigewerkschaftliche Front eingeschwenkt.

Die Delegiertenversammlung in Hannover beschloß aber auch gleichzeitig die Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle mit Büro. Kollege Hänlein, der am 1. Oktober 1901 dem Photographen-Gehilfenverband beigetreten war und ab 1903 im Vorstand mitarbeitete, wurde in Hannover zum 1. Vorsitzenden und besoldeten Geschäftsführer gewählt und trat sein Amt am 1. August an. Von dieser Zeit datiert daher seine besoldete Tätigkeit im Dienste der Kollegenschaft, die ihn nun auf 25 Jahre Arbeit zurückblicken läßt.

Die Tatsache, daß die Reproduktionsphotographen zum guten Teile beim Verbandsverband der Lithographen organisiert waren, löste sehr bald Verschmelzungsdebatten im Photographen-Gehilfen-Verband aus. Die 7. Delegiertenversammlung zu Berlin am 7. und 8. Juni 1908 beschloß dann auch den Anschluß, der nach einer zustimmenden Urabstimmung am 27. September 1908 vollzogen wurde. Zugleich trat Kollege Hänlein als besoldetes Mitglied in den Vorstand unserer Organisation ein.

Die Portraitphotographen fast reiflos für den Verband zu gewinnen, ist nicht gelungen, obwohl viel Kraft darauf verwendet worden ist. Heute liegt die Portraitphotographie so darnieder, daß nur noch wenige Gehilfen beschäftigt werden.

Es erübrigt sich sicher darzulegen, welche Verpfichtungen sich mit einer besoldeten Tätigkeit im Dienste freier Gewerkschaftsarbeit verbinden. Sie sind auch schon wiederholt aufgeführt worden. Darüber hinaus hat Kollege Hänlein dem politischen Kampfe noch seinem Können seine Kräfte geliehen. Dem werden die Arbeitsrecht hat er in langjähriger Tätigkeit als Gewerbegerichtsbeisitzer und jetzt als Beisitzer beim Arbeitsgericht seinen Beitrag geleistet. Auch sonst sind ihm von der Arbeiterbewegung Funktionen übertragen und Ehrenämter anvertraut worden. So auch für die vorletzte Amtsperiode das Amt eines Bezirksverordneten in seinem Wohnbezirk Berlin-Prenzlauer Berg. Der Verwaltung des Berliner Gewerkschaftshauses gehört er ebenfalls schon viele Jahre an. So bietet das Leben des Kollegen Hänlein ein Wirken im Dienste der Arbeiterklasse.

Leider ist der Gesundheitszustand des Kollegen Hänlein in letzter Zeit keineswegs befriedigend. Ein Leiden, von dem er wiederholt gekümpft wurde und Erholung suchte, drückt ihn in unserm herzlichsten Glückwunsch, den wir dem Kollegen Hänlein zu seinem Ehrentage entgegenbringen, sei deshalb das heiße Verlangen, recht bald volle Gesundheit zu erlangen, angeflohen. Dem Jubilar herzlichste Glückwünsche und frohe Gesundheit!



bieten, sei deshalb das heiße Verlangen, recht bald volle Gesundheit zu erlangen, angeflohen. Dem Jubilar herzlichste Glückwünsche und frohe Gesundheit!

# Vorschläge der Gewerkschaften zur Überwindung der gegenwärtigen Krise

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Beteiligung des AfA-Bundes in seiner Sitzung am 29. Juli folgende EntschlieÙung zur Lage gefaÙt:

Die ernste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschiedenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten getroffenen Volksmassen erheben daher folgende Forderungen:

I. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmäßig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechseldiskontierung der Reichsbank notwendig.

II. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgeschreckt werden.

III. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverschuldungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteübereinkommen durch ein teilweises Auslandsamortatorium zu ergänzen.

IV. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muß maßgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu seinen Aufgaben gehört besonders: die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchführung der Richtlinien zu überwachen.

V. Die ins Ausland und in ausländische Werte geflüchteten Kapitalien sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen „Notverordnungen gegen die Kapitalflucht“ beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie sind deshalb zu erweitern:

1. Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten.

2. Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen.

3. Die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.

VI. Über die zur Überwindung der augenblicklichen Stockung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Rückkehr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig.

Ebenso dringlich sind Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Läger zu räumen, dürfen Verlustverkäufe nicht gescheut werden. Kartellhemmungen müssen beseitigt werden. Überhöhte Zölle in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein.

## Mehr wirtschaftliche Aufklärung

Die nunmehr zwei Jahre andauernde Krise läÙt noch keinerlei Anzeichen einer Abschwächung erkennen. Wie im Wirtschaftsleben, machen sich ihre lähmenden Wirkungen auch in der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Der Druck der ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit setzt sich fast unvermindert fort und läÙt selbst in den Reihen der noch in Arbeit Stehenden wenig Hoffnungsfreudigkeit aufkommen. Weiß doch niemand, wie lange er noch von dem Schicksal der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Not verschont bleiben wird. Die letzte Notverordnung der Reichsregierung hat diesen Zustand der allgemeinen Unsicherheit nicht nur verschlimmert, sondern zugleich auch für die arbeitenden Volksschichten weitere schwere Belastungen gebracht, die ihre Lebenshaltung sehr erheblich beeinträchtigen. Das läÙt verstehen, daß die auf Gewinnung neuer Mitglieder gerichtete Werbetätigkeit der Gewerkschaften nur verhältnismäßig geringe Erfolge aufzuweisen vermag, so daß sich ein gewisser Stillstand der Mitgliederbewegung feststellen läÙt.

Wie gewöhnlich in solchen Fällen ruft dieser Zustand vielfach Befürchtungen über die angeblich nachlassende Werbekraft der Gewerkschaften hervor, die in keiner Weise berechtigt sind. Es wird dabei vollständig übersehen, daß dieser an sich durchaus unbefriedigende Zustand keine neue Erscheinung darstellt. Im Verlaufe der gewerkschaftlichen Entwicklung haben wir in wirtschaftlichen Krisenzeiten wiederholt die gleichen Vorgänge zu beobachten gehabt. Ja, es gab sogar Perioden, in denen der Mitgliederstand der Gewerkschaften ganz erhebliche Rückgänge zu verzeichnen hatte. Die letzte derartige Periode liegt noch gar nicht so lange zurück. Sie umfaÙt die Zeit von 1922 bis 1924, in der sich die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von 8068938 auf 3975002, also um über 50 Proz. verminderte. Solche Mitglieder-

rückgänge waren vorübergehend auch vor dem Kriege vorhanden und wirkten sich um so unangenehmer aus, als damals die Gewerkschaften gegenüber heute wesentlich schwächer waren. Schon zu jenen Zeiten fehlte es nicht an Pessimisten, die das Ende der Gewerkschaftsbewegung voraussehen wollten und alle Bemühungen auf Überwindung der vorhandenen Mitgliederfluktuation als vergeblich betrachteten. Dennoch behielten diese Schwarzseher nicht recht, da dem Auföhren der wirtschaftlichen Schwierigkeiten stets ein neuer gewerkschaftlicher Aufstieg folgte.

Soweit sich aus den vorliegenden Berichten in der Gewerkschaftspresse ersehen läÙt, hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung den bisherigen Verlauf der Wirtschaftskrise vollständig gut überstanden. Die Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften haben eine außerordentliche Höhe erreicht und sind ihre Kräfte in dieser Richtung auf das äußerste angespannt worden. Sie hatten eine sehr harte Probe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu bestehen und sind darüber noch nicht hinaus. Dennoch hat sich der Mitgliederstand im allgemeinen stabil erhalten. Teilweise ist sogar trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse ein, wenn auch nicht erheblicher, Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Daraus geht hervor, daß die Gewerkschaften allen vorhandenen Schwierigkeiten entgegen ihre Kampfkraft zu erhalten vermochten und nach wie vor in stande sind, den Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiter sowie gegen ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte mit Zuversicht zu begegnen. Wenn dieser Zustand auch weit davon entfernt ist, eine besondere Befriedigung aufkommen zu lassen, so bietet er doch keinen Grund, um kleinmütig und verzagt zu sein. Auch im wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Leben geht es ohne Widrigkeiten nicht ab. In der Regel folgt aber auf Regen Sonnenschein! Wir können uns daher durchaus mit der Hoffnung tragen, daß die gegenwärtige Krise überwunden wird, wie bei so vielen anderen, die vorausgingen.

Die Werbetätigkeit für die Ausbreitung und Stärkung der Gewerkschaften darf daher auch in der gegenwärtigen Zeit nicht aufhören. Daß hierbei keine erheblichen Erfolge erzielt werden kann nicht dazu veranlassen, auf diese Werbetätigkeit zu verzichten. So war es noch immer! Die Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs erwiesen sich für die gewerkschaftliche Werbung immer als wenig günstig. Das steht zwar im Widerspruch zu der oft gehörten Behauptung: dem Arbeiter müsse es noch viel schlechter gehen, ehe er sich zum Anschluß an seine Organisation aufrafft, um in ihr für die Besserung seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage zu kämpfen. Diese Behauptung ist jedoch nur eine der vielen Phrasen, die von linksradikaler Seite verbrochen werden, gleichwohl aber jedes realen Untergrundes entbehren. Das Gegenteil ist der Fall! Mit dem Niedergange der Wirtschaft, der steigenden Arbeitslosigkeit, der sich verschlechternden Lebenshaltung und zunehmenden Existenzunsicherheit ist stets ein Nachlassen des Selbstbewußtseins und der geistigen Widerstandskraft der Arbeiter verbunden. Besonders bei denen, die nicht über die erforderliche wirtschaftliche und politische Einsicht verfügen, um die Ursachen der sie bedrückenden Verhältnisse zu erkennen. Und die Zahl dieser Urteilsunfähigen und Urteilsschwachen ist leider nur zu groß. Die Folge ist, daß dieser Teil der Arbeiterschaft entweder mut- und teilnahmslos von einer gewerkschaftlichen Beteiligung nichts wissen will oder radikalen Phrasereuen nachläÙt, die ihm das Blaue vom Himmel versprechen. Die Enttäuschung bleibt natürlich nicht aus, und ihr Ergebnis ist, daß die so Irreführten und Betrogenen ebenfalls in Teilnahmslosigkeit verfallen, aus der sie nur schwer aufzurütteln sind.

Mit diesen Verhältnissen haben die Gewerkschaften gegenwärtig besonders schwer zu kämpfen. Die Ungunst der wirtschaftlichen Lage schließt es aus, daß sie erheblichere wirtschaftliche und soziale Erfolge erringen können. Wie immer in Krisenzeiten, müssen die Gewerkschaften ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, die erkämpften wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu erhalten. Nur so sind sie bei Eintritt günstigerer Konjunkturverhältnisse in der Lage, ihre aufrecht erhaltene Position zur Erkämpfung neuer Vorteile auszunützen. Dementsprechend haben die Gewerkschaften seither gehandelt und ihre Taktik hat sich bewährt. Das ist auch selbstverständlich! In Krisenzeiten wächst die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums, während die Angriffskraft der Gewerkschaften zurückgeht. Unter solchen Umständen wirtschaftliche Kämpfe zu entfesseln, die der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen sollen, wäre gewerkschaftlicher Selbstmord. Das vermag ein großer Teil der Arbeiterschaft infolge mangelnder wirtschaftlicher Aufklärung nicht zu begreifen. Ihrer Ansicht nach müssen die Gewerkschaften jederzeit fähig sein, nicht nur die Angriffe der Unternehmer auf die Lebenshaltung der Arbeiter erfolgreich abzuwehren, sondern diese auch zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen. Die demagogischen Hetzer im kommunistischen und nationalsozialistischen Lager nähren diese Auffassung, indem sie die durch die Verhältnisse gebotene taktische Zurückhaltung der Gewerkschaften als Arbeiterverrat und Feigheit der Gewerkschaftsbözen bezeichnen. Wie berechtigt jedoch die Haltung der Gewerkschaften ist, wird durch den kläglichen Zusammenbruch der insbesondere von den Kommunisten entgegen jeder gewerkschaftlichen Vernunft angezettelten wilden Streiks hinlänglich bewiesen.

Soll die gewerkschaftliche Werbetätigkeit Erfolg haben, so muß sie besonders an diesem Punkt einsetzen. Den der gewerkschaftlichen Organisation noch fernstehenden Arbeitern muß klar gemacht werden, daß alle diese links- und rechtsradikalen Treibereien nur die Zersplitterung und schließliche Zerstörung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zum Ziele haben. Die Absicht dieser radikalen Demagogen ist, die Arbeiter mit der Vernichtung der Gewerkschaften ohnmächtig und widerstandslos den Machtgelüsten der Unternehmer preiszugeben. Ist diese Absicht erreicht, so hoffen sie, daß ihre Zeit gekommen ist und die Verzwweiflungsumstimmung der Arbeiter zur Verwirklichung ihrer volks- und arbeiterfeindlichen Absichten führen wird. So wenig auch die meisten unorganisierten Arbeiter geneigt sind, diese Absichten zu unterstützen, so sehr tun sie es doch indirekt durch ihre gewerkschaftliche Gleichgültigkeit, ohne darüber klar zu werden, wie schwer sie sich durch ihr Verhalten selbst wie auch ihrer Klasse schaden. Hier kann nur eingehende wirtschaftliche und politische Aufklärung Abhilfe schaffen, die bei jeder Art gewerkschaftlicher Werbetätigkeit in den Vordergrund gestellt werden muß. Nur wer die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge erfaÙt und geistig verarbeitet hat, ist gegen die demagogische Hetze von rechts und links gefeit, zugleich aber auch davon überzeugt, daß seine Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht entbehrt werden kann, wenn für die Arbeiterklasse bessere und vernünftige Arbeits- und Lebensbedingungen erkämpft werden sollen.

## Die Konjunkturpolitik der Unternehmer im Chemigraphie-gewerbe

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, die auch das chemigraphische Gewerbe in noch nie erlebtem Umfang bedrückt und unseren Kollegen noch nie gekannte lange Arbeitslosenperioden auferlegt, läßt auch unsere Unternehmer nicht ruhen, die wirtschaftliche Notlage der Gehilfenschaft in weitestem Maße auszunützen.

Der Tarifvertrag, der doch nicht nur ein Berufsgesetz für wirtschaftliche Hochkonjunktur ist, sondern auch die Ruhe und Ordnung in Krisenzeiten aufrechterhalten soll, wird von den einzelnen Unternehmern auf einmal als lästige Fessel empfunden und man versucht die klarsten Tarifbestimmungen in ihr Gegenteil umzubiegen. Mit allen Finessen und Schikanen wird versucht die Vertrauensleute der Gehilfen auszuschalten, um als Diktator den „Alleinherr im Hause“ spielen zu können. Als sogenannte Notverordnung möchte man den ganzen Tarif beiseite schieben und der Gehilfenschaft mutet man zu alles zu schlucken, was ein Unternehmerhirn als geschäftliche Notwendigkeit ausheckt. Die Arbeitszeitverkürzung z. B., die von den Gehilfen verständnisvoll im Interesse ihrer arbeitslosen Kollegen und zur Verhütung weiterer Entlassungen hingenommen wird, wird vielfach ganz ungerechtfertigt durchgesetzt. Man sucht bei verkürzter Arbeitszeit von den einzelnen Gehilfen ein Arbeitspensum herauszupressen, das man oftmals nur als unmenschlich bezeichnen kann. Dabei werden alle früheren Grundsätze über Qualitätsarbeit beiseite gestellt. Die Quantität wird wieder Trumpf und aller Schund, der einmal unmöglich war, wird wieder auf den Markt geworfen und treibt somit den schlimmsten Raubbau am Berufskörper.

Jungen Kollegen, denen in heutiger Zeit ein Stellungswechsel fast unmöglich gemacht ist, werden — trotzdem sie schon zwei bis drei Jahre in der Lehrfirma verbleiben mußten — immer noch mit dem Lohn der im Tarifvertrag nur für Gehilfen für das erste Gehilfenjahr festgesetzt ist, bezahlt. Bei einsetzendem Arbeitsmangel werden dann die älteren, höher bezahlten Kräfte entlassen und nach kurzer Zeit — trotz tariflichem Arbeitsnachweis — vom städtischen Arbeitsamt zu einem viel niedrigeren Lohn angefordert. Das ist vollendeter Lohnabbau auf kaltem Wege.

Ebenso die den Gehilfen tarifrechtlich zustehenden Ferien scheinen so manchem Unternehmer ein Dorn im Auge zu sein, denn mit allen möglichen Verrenkungen und Schikanen möchte man sie unsern Kollegen verkehren. Hier fehlen in unserem Tarifvertrag klare und eindeutige Bestimmungen, die den Gehilfen mehr Recht über die Zeitfestsetzung einräumen, damit nicht jeder Unternehmer in schikanöser Auslegung des Absatz 5 unseres Ferienparagrafen, die Ferien verwässern kann. Denn die Worte: „unter Berücksichtigung der Geschäftslage“ können zu bestimmten Zeiten und Launen sehr mißbraucht werden. Ebenso die Vorauszahlung des Feriengeldes, von der sich in heutiger Zeit viele Unternehmer zu drücken versuchen mit der Ausrede, daß kein Geld da sei, ist in den meisten Fällen nur Schikanierung und Trotz gegen die tariflichen Bestimmungen. Für Ruhe und Ordnung im Betriebe, für die die Unternehmer in wirtschaftlich guten Zeiten sich immer so hoch einsetzen, scheinen sie gegenwärtig kein Interesse zu haben, sonst würden sie ihre Gehilfen nicht immerfort mit oft ganz hahnebüchernen Anordnungen kommen.

Der Ausgang der Tarifverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe hat auch unsern Unternehmern den Kamm noch mehr schwellen lassen und ist es gut, wenn die Kollegenschaft sich schon jetzt vorbereitet auf scharfe Auseinandersetzungen mit den Scharfmachern im Unternehmerlager. Es erweist sich heute immer mehr, daß wir unsere Konjunktur sehr schlecht genutzt haben, denn abgesehen von einigen nicht nennenswerten Verstößen, die sich einige Kollegen zur Zeit erlaubten um ihre Löhne nur einigermaßen den steigenden Preisen anzupassen, ist das Tarifverhältnis immer als ein Gesetz geachtet worden, das auf Treu und Glauben aufgebaut ist.

Aber das jetzige Verhalten unserer Unternehmer soll und wird uns eine Warnung sein; die wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich bestimmt auch mal wieder zu unseren Gunsten wenden. Aber dann, Kollegen, wollen wir getreu nach dem Vorbild unserer Unternehmer uns so auf Konjunkturpolitik einstellen, daß wir uns hinterher keine Vorwürfe mehr zu machen brauchen. Dann wird wieder das Geschrei von der anderen Seite über Zerschlagung und Schädigung des Berufes einsetzen, aber wer Wind säet, der wird Sturm ernten!

## Probleme der Zeit

Die berechtigte Erregung der Arbeiterschaft über die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit, die von den Rechts- und Linksradikalen für ihre Zwecke ausgenützt werden, ergab für das *Graphische Kartell Nürnberg-Fürth* die Notwendigkeit, hierüber Aufklärung aus berufenem Munde zu verschaffen. In einer am 18. Juli in der „Rosenau“ stattgefundenen allgemeinen Versammlung führte den einleitenden Worten des Kollegen Schatt die als Referentin erschienene Reichstagsabgeordnete, Genossin Toni Pfüll, ungefähr folgendes aus: Wenn man die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der letzten Zeit verstehen will, so muß man zurückgreifen auf das Jahr 1926, als das Buch über die „Irrwege der Sozialpolitik“ erschien, in dem der Abbau der Sozialpolitik gefordert wurde. Das war der Auftakt zum Kampfe gegen die Sozialpolitik der Arbeiterschaft. Es ist auch hier nicht möglich, Politik und Wirtschaft zu trennen. Wir müssen den Abbau verhindern und dafür sorgen, daß unsere Sozialgesetzgebung nicht auf den Stand vor 30 Jahren zurückgeführt wird. 75 Proz. des deutschen Volkes haben proletarische Interessen und trotz aller ersten Mahnungen in Wort und Schrift kam bei den Septemberwahlen ein Reichstag zustande, der 107 Nazileute zählte. Vertreter einer Partei, deren Geldgeber hervorragende Großkapitalisten sind, wie der Fall Lahusen uns zeigt. Da läßt sich leicht ein brauner Parteipalast errichten. Die große Reaktion wird verkörpert durch die deutschnationale Volkspartei, die trotz der Schwächung bei der letzten Reichstagswahl nichts von ihrer Gemeingefährlichkeit verloren hat. Auch die deutsche Volkspartei hat eine Schwenkung nach rechts gemacht, Ebenso hat sich das geistige und politische Bild des Zentrums geändert. Im übrigen zeigen alle bürgerlichen Parteien eine Rechtsentwicklung, und je mehr diese Kreise von Sozialismus und Marxismus reden, desto weniger verstehen sie davon. Die vielen politischen Parteien sind ein Unglück, in Wirklichkeit sind es doch nur zwei Klassen: Arbeiterchaft und Bürgertum. Die politischen Auseinandersetzungen sind in Wirklichkeit Kämpfe um wirtschaftliche Fragen. In dem Richtungsstreit revisionistisch oder radikal, erheben wir die Forderung, daß die Einheit der Arbeiterklasse an erster Stelle zu stehen hat. Die sozialistischen Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag konnten wegen ihrer zahlenmäßigen Schwäche die Härten der Notverordnung nicht beseitigen, sondern nur mildern. In der Notverordnung ist das Versicherungsprinzip zerstört worden; der Grundsatz von gleichen Leistungen und Gegenleistungen, wie er auch im privaten Versicherungswesen gilt, muß in der Sozialpolitik oberstes Gesetz sein. Es ist ein Verdienst unserer politischen Vertretung im Reichstage, daß die Jugendlichen unter 21 Jahren wieder in die Arbeitslosenversicherung hineingenommen werden. Die Ungerechtigkeit, daß verheiratete Arbeiterinnen im Falle der Erwerbslosigkeit keine Unterstützung erhalten, wenn der Mann vollbeschäftigt ist, konnte leider nicht beseitigt werden, ebenso nicht die Kürzung der Bezüge bei den Saisonarbeitern. Wenn der Staat durch seine Beauftragten immer über die Bedürftigkeit bei den Erwerbslosen nachschnüffeln läßt, warum macht er dies nicht auch bei den Großpensionären? Eine Auflösung des Reichstages hätte noch schlechtere Wahlen ergeben, und was eine Rechtsregierung mit Unterstützung der Nazileute für die Arbeiterschaft gebracht hätte, das sehen wir in den faschistisch regierten Ländern wie Italien, Polen, Ungarn und Lettland. Der 5. Juni brachte uns eine neue Notverordnung, die in dieser Form für uns unannehmbar war. Bestimmte Gruppen in der Politik und Wirtschaft wollten die Katastrophe heraufbeschwören, man denke nur an die Hugenbergresse. Von einem Verfall der Wirtschaft kann nicht gesprochen werden, sie ist zum großen Teil in die Weltwirtschaftskrise hineingezogen worden. Die Überationalisierung, das in Maschinen und Fabrikanlagen investierte Kapital, führte zur Verknappung der flüssigen Mittel, dazu kam noch die geringe Kaufkraft des deutschen Volkes. Durch die Überspannung der Krise wollte man den Abbau der Löhne und der Sozialversicherung erreichen, die angeblich die Wirtschaft zugrunde richten. Die Krisenmacher und Katastrophenpolitiker von rechts und links hielten ihre Zeit für gekommen. Dazu kamen die politischen Meuchelmorde, die Angst vor dem Bürgerkrieg, was das Ausland mißtrauisch machte und zur Zurückziehung seiner Kredite veranlaßte. Was hätte es wohl für ein Geschrei gegeben, wenn Sozialdemokraten in der Regierung säßen? Wir haben immer an den gesunden Grundsatz von einem geordneten Reichshaushalt festgehalten. Dasselbe gilt auch für Länder und Gemeinden. Der Zweck der zweiten Notverordnung war die Ordnung der Reichsfinanzen, von denen ein Betrag von 900 Millionen ungedeckt war. Wir haben uns die Deckung anders vorgestellt; es sollten die größten Härten beseitigt werden. Das Projekt des amerikanischen Präsidenten Hoover, das wir weder über- noch unterschätzen, war schon in Vorbereitung. Es bedeutete ein ge-

wisses Aufatmen, da man schon vor dem Chaos stand. Nur bei den Arbeitern und Kriegsbeschädigten fand man den Mut zum Abbau. Es ist dies so ähnlich als wenn die Treppe von unten nach oben gekehrt wird. Wir haben auch volles Verständnis für die Nöte der Heimarbeiter. Die Ausstellung des sozialwissenschaftlichen Institutes zeigte uns im Jahre 1925 noch Stundenlöhne von 3 bis 4 Pfennigen, bei einer Arbeitszeit bis zu 18 Stunden. Es wurde auch die Hinaufsetzung der pfändungsfreien Grenze für die Unterstützungsempfänger erreicht, sowie die Verpflichtung Brünings auf Abbau der hohen Pensionen. Der § 48 der Verfassung von der Wahrung der wohlverworbenen Rechte, ist in diesem Falle ja auch, wie andere Bestimmungen auf dem Verordnungswege und vorübergehend zugunsten der großen Masse aufgehoben worden. In der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes kommt zwar die graphische Arbeiterschaft nicht in Frage, jedoch die Landarbeiterorganisationen. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter die Pflichtarbeit fallen, stehen damit außerhalb des Tarifrechtes. Vergleicht man die normale Sterblichkeitsstatistik mit der der Schwerebeschädigten und erinnert man sich der großen Töne, die in der Kriegszeit vom Dank des Vaterlandes gesungen wurden, so hat die rauhe Wirklichkeit der Notverordnung auch diesen Kriegssopfern die Rente um 4 bis 14 Proz. gekürzt. Es ist mehr wie Gemeinheit, wenn ein Naziabgeordneter erklärte, daß die Kriegsbeschädigten den „Freitod“ für das Vaterland als letztes Opfer bringen sollten. Wir haben die Auffassung, daß Schwerebeschädigte, denen man ein auskömmliche Rente geben soll, überhaupt nicht in die Betriebe gehören. In Deutschland haben wir 300 000 Kriegsbeschädigte. Der Geist der Notverordnung ist es, der die große Erregung hervorruft. Das schwarze Schat der Sozialversicherung wurde als die Ursache allen Übels hingestellt. Die Stellung der Kommunisten zur Arbeitslosenversicherung wird gekennzeichnet durch den Ausspruch, wonach die Sozialversicherung das Opium für die revolutionären Energien der Arbeiterschaft darstelle. Wir hatten auch in der Vorkriegszeit Wirtschaftskrisen durchzumachen, doch waren sie nicht von diesem Umfange und von einer so langen Dauer. Damals gab es noch keine staatliche Hilfe für die Arbeitslosen, sondern nur die gewerkschaftliche Unterstützung. Eine Reservearmee von Arbeitslosen drückte in Zeiten der Tariflosigkeit den Lohn bis auf das Existenzminimum. Die Auswirkung der Wohlfahrtslasten auf die Gemeinden wurde an einem Auspruch Severings sowie an einem Hamburger Beispiel aufgezeigt. Es ist nicht der Sozialismus der Zukunft mit dem wir uns jetzt zu befassen haben, sondern die Augenblicksorgen um Frauen und Kinder haben wir zu lindern. Ohne Geld gibt es keine Rettung und mit dem Hinweis auf alles zusammenschlagen, ist den Hungernden und Feiernden nicht gedient. Die Krisensteuer ist an sich gesunder, sozialer Gedanken. Wir haben es mit zwei Arten zu tun. Eine Lohnkrisensteuer und eine für veranlagte Vermögen. Um für letztere eine Nachprüfung zu ermöglichen, verlangen wir eine öffentliche Auflegung der Steuerlisten. Die Ungerechtigkeit der Krisensteuer ist ein an sich gesunder, sozialer Gedanken von einer Viertel- bis einer Halbenmillion Mark nur derselbe Satz von 3 Proz. bezahlt wird, wie bei dem Jahresverdienst von 7200 bis 8400 Mk. eines Angestellten. Es ist nicht nur der Zusammenbruch des Wollkonzerns mit einem Verlust von 240 Millionen Mk., der uns den Ernst der Lage bewußt macht, nicht die Republik, sondern die nationalen Parteien sind schuld, daß es so weit kam. Das wird auch in dem Aufruf der Sozialdemokratischen Partei stark betont. Die Verhandlungen, die Brüning und Curtius über die Anleihebedingungen führen, geben uns Hoffnung auf einen befriedigenden Abschluß. Trotzdem dürfen wir uns nicht einlullen lassen. Man hat zu lange Zeit ruhig und tatenlos zugehauen, wie deutsches Kapital in das Ausland verschoben wurde. Die Auswirkungen des Börsenkrachs treffen in erster Linie den kleinen Mann, den Arbeiter und Angestellten. Es sei für jeden ein innerer Schwur, dafür zu sorgen, daß durch die Stärke der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie Deutschland vor dem Chaos bewahrt werde. Lassen wir uns nicht durch Phrasen von rechts und links betrunken machen. In einer Zeit guten Geschäftsganges werden wir das Verlorene wieder zurückerobern. Wir wachsen in die sozialistische Gesellschaft hinein, wenn wir auch nicht mehr ernten.

Mit einem warmen Aufruf zum Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen schloß Genossin Pfüll ihre mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In seinem Schlußwort mahnte der Vorsitzende den Gemeinschaftsgeist wie er in den graphischen Verbänden besteht, nicht erschüttern zu lassen. Er warnte vor den Bestrebungen zur Zersetzung der Gewerkschaften und vor der Verelendungstheorie, die bei den Erwerbslosendemonstrationen die Massen vor die Front der Soldateska treibt.

# In der Bundesschule Bernau.

Von Hans Sporer (Karlsruhe).

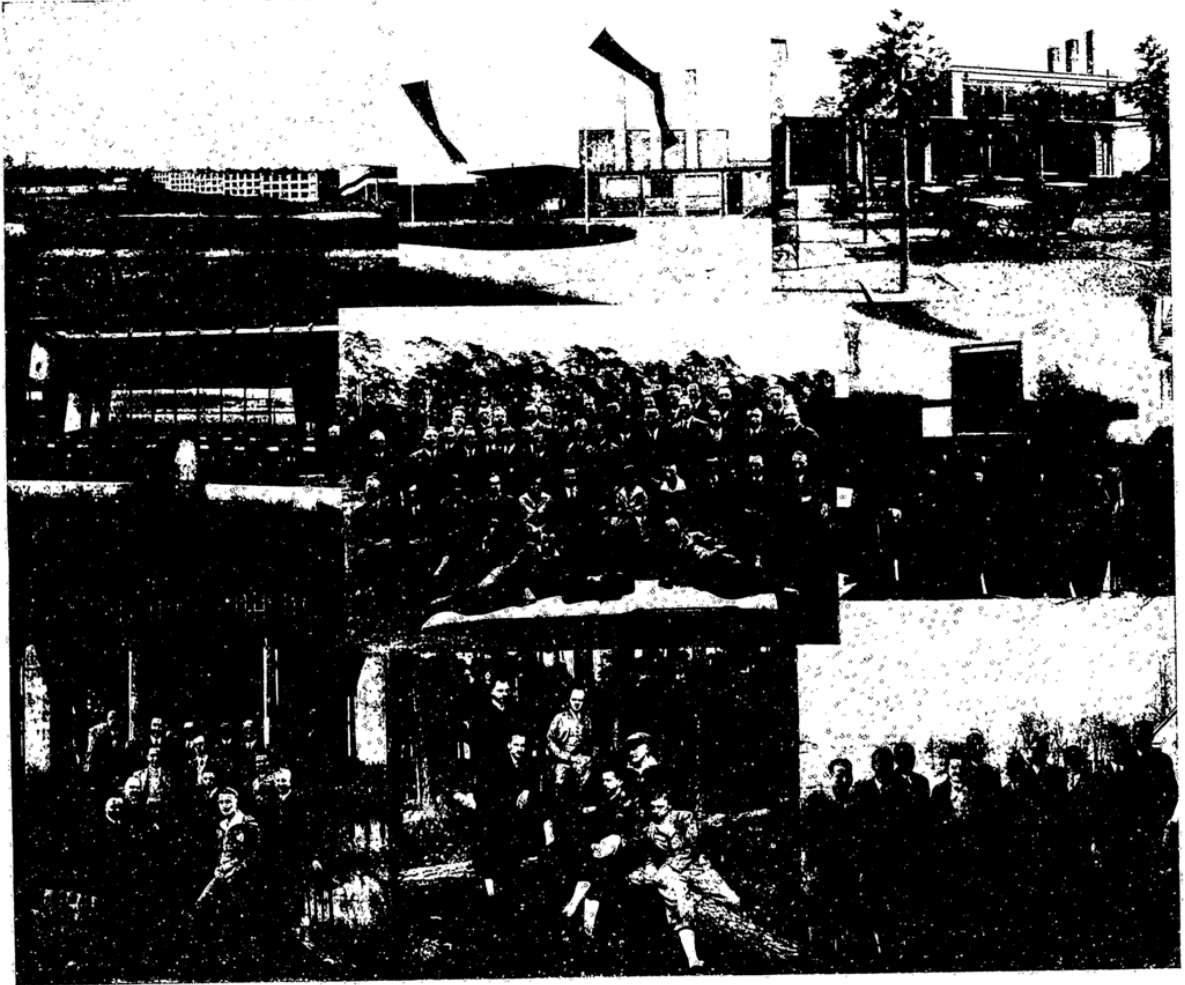
Allzuhäufig begegnet man in Kollegenkreisen der Meinung, daß die Bestrebungen, Kräfte für die gesamte Arbeiterbewegung heranzubilden und mit geistigem Rüstzeug zu versehen, eine überflüssige Angelegenheit sei. Deshalb möchte ich mir gegenüber dieser Meinung einige kritische Betrachtungen gestatten, weil es mir möglich war, auf Grund der Teilnahme an dem vierwöchigen Kursus in der Bundesschule Bernau im April dieses Jahres einige Erfahrungen zu sammeln.

Wenn wir die Entwicklung der gesamten Arbeiterbewegung betrachten und die der Gewerkschaftsbewegung im besonderen, so können wir ein riesenhaftes Anwachsen seit einem Vierteljahrhundert feststellen. Daß sich mit diesem Anwachsen nicht nur die organisatorischen Aufga-

tionär, ganz gleich wo er steht und welche Arbeit er für seine Bewegung leistet. Er ist immer derjenige, auf dem sich alle Unbill entladet, der immer in der vordersten, in der Gefahrenzone steht. Die manehmal sehr aufreibende Betätigung ermöglicht es ihm in den allermeisten Fällen nicht, sich gerade der wichtigsten seiner Aufgaben zuzuwenden, nämlich seiner Selbst- und Weiterbildung im Interesse seiner Kollegen und der Bewegung. Und hier greift die Bundesschule ein. Sie ist nicht nur ein Ersatz, sondern eine elementare Bildungsstätte. Sie erfüllt die Aufgabe, die für den Bestand einer Bewegung unerlässlich ist, nämlich die Schulung des Funktionärs. Gar mancher, welcher Gelegenheit hatte, die Bundesschule zu besuchen, wird anerkennen, daß ihm zu seinem

von Artikeln erschienen, in welchen ganz ausführlich darüber berichtet wurde.

Bei der kurzen Schilderung der Probleme, die zur Behandlung standen, dürfte schließlich noch die Frage aufzuwerfen sein, ob denn tatsächlich in einer Zeit von vier Wochen eine so tiefe Einführung in die gestellte Materie möglich war. Von diesem Standpunkte aus müßten natürlich Bedenken auftauchen. Doch so ist ja der ganze Aufbau des Unterrichts, das Ziel der Schule, auch gar nicht gedacht. Die Schule will lediglich jedem einzelnen Kurssteilnehmer ermöglichen, von dem Gegebenen ausgehend, seine ganze Arbeit für die Zukunft zu gestalten. Ich darf wohl anfügen, daß jeder Schüler überrascht war von der Fülle des Materials, welches zu bearbeiten war. Für jeden



Südansicht — Haupteingang — Pergola  
Speisesaal — Klasse vom Graphischen Bund — Klassenzimmer  
Unten: Erholungsstunden

Photomontage von Hans Sporer — Reproduktion und Ätzung der Firma Riegger, Karlsruhe a. Rh.

ben gesteigert, sondern immer neue Betätigungsfelder für die Gewerkschaften notwendigerweise erschlossen werden mußten, um den Bedürfnissen der Anhänger gerecht zu werden, hat sich nicht nur die Verantwortung, sondern in gleichem Maße die Pflicht erweitert, auch die Aufklärungsarbeit innerhalb der Millionenarmee der arbeitenden Schicht zu tätigen. Aus diesen Gründen heraus muß jeder sich gestehen, daß Bildungsarbeit gerade in unserer Zeit ein unbedingtes Erfordernis geworden ist.

Die Bundesschule des ADGB in Bernau bei Berlin hat in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle mit übernommen. In früheren Jahren bestand für den einzelnen noch eher die Möglichkeit, sich aus eigener Kraft die für ihn und für die Bewegung nötige Bildung, allerdings auch unter vielen Opfern und Mühen, anzueignen. Heute hingegen, bei der aufreibenden Betätigung im Betriebe, bei dem aufs äußerste angespannten Kräfteverbrauch durch die ausgeklügelteste Arbeitsmethode, sind die meisten so aufgebraucht und nicht mehr in der Lage, sich nach Arbeitsschluß noch bildenden Aufgaben zuzuwenden. Dies gilt besonders für den Funk-

tionär, ganz gleich wo er steht und welche Arbeit er für seine Bewegung leistet. Er ist immer derjenige, auf dem sich alle Unbill entladet, der immer in der vordersten, in der Gefahrenzone steht. Die manehmal sehr aufreibende Betätigung ermöglicht es ihm in den allermeisten Fällen nicht, sich gerade der wichtigsten seiner Aufgaben zuzuwenden, nämlich seiner Selbst- und Weiterbildung im Interesse seiner Kollegen und der Bewegung. Und hier greift die Bundesschule ein. Sie ist nicht nur ein Ersatz, sondern eine elementare Bildungsstätte. Sie erfüllt die Aufgabe, die für den Bestand einer Bewegung unerlässlich ist, nämlich die Schulung des Funktionärs. Gar mancher, welcher Gelegenheit hatte, die Bundesschule zu besuchen, wird anerkennen, daß ihm zu seinem

unbedingt notwendigsten Wissen, das er für den Tageskampf so nötig braucht, das wichtigste gefehlt hat: Der *systematische* Unterbau!

In der Nachkriegszeit haben sich die Aufgaben des Arbeiterfunktionärs so erweitert und sind so vielseitig geworden, daß derselbe des elementaren, grundlegenden Unterrichts bedarf. Und trotzdem ist sein Aufgabenkreis auf ein Ziel gerichtet, nämlich auf die Gestaltung einer neuen Lebens- und Weltanschauung. Und von diesen Gesichtspunkten aus ist auch der Wille und die Pflicht zur Auszubildung des Funktionärs zu verstehen. Deshalb war der ganze Unterricht an der Bundesschule auch speziell auf die Gebiete eingeteilt, die den Funktionär am hauptsächlichsten in seinem täglichen Kampfe beschäftigten. So vor allem das Arbeitsrecht, das heute eine besondere Bedeutung für jeden einzelnen hat, der in der Praxis mit diesen Dingen eng verbunden ist. Auch die Wirtschaftskunde und die Sozialpolitik wurden besonders eingehend behandelt und bildeten manchmal Gegenstand sehr lebhafter Diskussionen. Doch über diese einzelnen Gebiete sind schon in jeder Gewerkschaftspresse eine Anzahl

war der Besuch der Schule ein großes Erlebnis und zugleich Grundlage für die weitere Arbeit. Alles in allem muß gesagt werden, daß jeder Schüler mit gehobenem Gefühl diese einzigartige Bildungsstätte verlassen hat und das Bewußtsein mit sich nahm, daß er diese Bildung nicht zum Zwecke seines persönlichen Aufstiegs, sondern für den Dienst an seiner Klasse genossen hat.

Auch der Verbandstag sei an dieser Stelle gerade auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Es ist zu wünschen, daß gerade diese Angelegenheit die richtige Würdigung erfährt und die Gesamtkollegenschaft durchdrungen wird von der notwendigen Einsicht, daß nur durch ausreichende Schulung die Macht der gesamten Arbeiterbewegung vertieft werden kann; denn

*Wissen ist Macht!*

Ich möchte meine Betrachtungen nicht schließen, ohne allen denen zu danken, die teil hatten an der Vermittlung des Stoffes, der jedem einzelnen Kurssteilnehmer die Grundlage gibt für seine weitere Arbeit im Dienste der Kollegenschaft.